

Roland Roth  
Bürgermacht



Roland Roth

# Bürgermacht

Eine Streitschrift für mehr Partizipation

*edition*  Körber-STIFTUNG



Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© edition Körber-Stiftung, Hamburg 2011

Umschlag: Groothuis, Lohfert, Consorten | [glcons.de](http://glcons.de)  
unter Verwendung eines Fotos von David Ausserhofer  
Herstellung: Das Herstellungsbüro, Hamburg |  
[buch-herstellungsbuero.de](http://buch-herstellungsbuero.de)

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany

ISBN 978-3-89684-081-3

Alle Rechte vorbehalten

[www.edition-koerber-stiftung.de](http://www.edition-koerber-stiftung.de)

*Für Karin, Johannes und Laurens*



# **Inhalt**

Vorbemerkung 9

## **Nur ein Traum?**

Eine realutopische Einführung 13

## **I. Bürgerschaftliches Unbehagen**

Krisen der Demokratie 37

Reformen ohne Bürgerschaft 63

Steigende Beteiligungsansprüche 83

## **II. Es geht auch anders**

Bürgerschaftliche Aufbrüche 89

Soziale Bewegungen und Protest 97

Demokratische Impulse auf kommunaler Ebene 141

Für eine selbstbewusste Bürgerschaft 171

Bürgerhaushalte als demokratische Innovation 176

Kein Mangel an Instrumenten und Verfahren 213

Audits zur Vitalisierung der Demokratie 222

Empowerment für eine solidarische

Bürgergesellschaft 240

### **III. Demokratie lernen**

Bürgermacht setzt Bürgerschaft voraus 249

Fundamente der Bürgerdemokratie 263

Partizipation am Beispiel der Kinder- und Jugend-  
beteiligung 276

Bürgermacht als politischer Lernprozess 292

**Die historische Chance nutzen!**

Ein Plädoyer 299

Literatur 309



# I. Bürgerschaftliches Unbehagen

*»Wir können alles. Außer Demokratie.«*

PROTESTSLOGAN GEGEN »STUTTGART 21«

## Krisen der Demokratie

Berlin ist nicht Weimar. Das Unbehagen<sup>1</sup> über den realen Zustand und die Leistungen der aktuellen demokratischen Praxis ist groß. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für die große Mehrheit der westlichen Demokratien. Jenseits aktueller Anlässe und Regierungskoalitionen geht es um einen längerfristigen Trend. Dieses Unbehagen ist weit überwiegend demokratisch motiviert. Nicht weniger, sondern mehr Demokratie steht auf der Agenda einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern. Es ist an der Zeit, aus

---

1 Der Begriff Unbehagen ist bewusst gewählt. Er bezieht sich auf Sigmund Freuds berühmte Schrift »Das Unbehagen in der Kultur« (1930). Analog zu Freuds Kulturkritik werden heute demokratische Motive immer wieder beschworen, aber zugleich durch eine politische Praxis enttäuscht, die wenig direkte Einflussnahme eröffnet. Im Unbehagen steckt nicht nur Verdruss, sondern auch die Ahnung, dass es nicht so sein und bleiben muss.

dem langen Schatten von Weimar zu treten, der in der Nachkriegszeit gegen mehr direkte demokratische Beteiligung beschworen wurde.<sup>2</sup> Zu lange wurde so jeder Versuch blockiert, mehr bürgerschaftliche Mitsprache zu ermöglichen. Selbst die bürgerbewegt ermöglichte deutsch-deutsche Vereinigung wurde nicht als Gelegenheit zur demokratischen Erneuerung genutzt.

Gleichwohl gelten Demokratien seit der Antike als besonders stabile und zugleich extrem wandlungsfähige Formen politischer Herrschaft. Stabil sind sie, weil sie auf Veränderung setzen: Ihre zentrale Quelle ist die politische Beteiligung der Vielen, im Idealfall der gesamten Bürgerschaft. Politische Gleichheit, die gleiche Chance aller, sich beteiligen zu können, ist ihr normatives Zentrum. Die Formen, in denen politische Gleichheit praktisch gelebt wird, sind vielfältig und gestaltbar. Politische Bürgerrechte (Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit) und periodische freie, gleiche und geheime Wahlen schaffen eine politische Öffentlichkeit, vor der sich gewählte Regierungen verantworten müssen. Dies macht sie sensibel für neue gesellschaftliche Herausforderungen und veränderte Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger.<sup>3</sup> Sie sind

---

2 Dass nicht das nationalsozialistische Regime, sondern die Weimarer Republik zur Negativfolie für das Nachkriegsverständnis von Demokratie gemacht wurde, gehört zu den prägenden Eigentümlichkeiten der frühen Bundesrepublik (vgl. Ullrich 2009).

3 Dies macht Demokratien freilich auch zu einem günstigen Betätigungsfeld für antidemokratische und rechtspopulistische Bewegungen, die dort weitgehend offen für autoritäre Herrschaftsverhältnisse werben können. Solche illiberalen Transformationen sind keineswegs selten; gerade nach den demokratischen Aufbrüchen im letzten Jahrzehnt ist ein

prinzipiell in der Lage, darauf mit erweiterten Beteiligungsangeboten und neuen politischen Strategien zu reagieren, ohne das demokratische Gefüge selbst infrage zu stellen. Autoritäre Herrschaftsformen hingegen versuchen Ansprüche und Veränderungen so lange zu ignorieren, bis sie zusammenbrechen. Während funktionsfähige Demokratien auf die »Weisheit der Vielen« setzen, vertrauen autokratische Regime auf ihre angehäuften, meist militärisch abgesicherten Machtmittel. Für sie ist Macht die Chance, nicht lernen zu müssen. Je mächtiger ihre Spitze ist, desto brutaler und törichter ihre Reaktionen – eine Dynamik, die wir aktuell im Frühjahr 2011 in einigen Ländern Nordafrikas und des Mittleren Ostens erleben konnten.

In abgeschwächter Form gibt es diese Dynamik aber auch, wie das deutsche Beispiel zeigt, in demokratischen Ordnungen. Krisen, neue Herausforderungen und veränderte Erwartungen gehören zum demokratischen Alltag. Auch demokratisch gewählte Regierungen können Fehlentwicklungen und Proteste – zumindest eine Weile – ignorieren, Beteiligungswünsche leerlaufen lassen, Probleme aussitzen oder auf Formen der Legitimation vertrauen, die in der Bürgerschaft längst an Zustimmung verloren haben. Aber irgendwann werden sie abgewählt. Zuweilen ist dann nicht nur eine neue Regierung, sondern auch ein anderes Regieren angesagt. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass die gegenwärtige Blockadesituation in der Mehrzahl der gefestigten Demokratien des Westens mehr als nur einen Regierungswechsel erfordert.

---

Wachstum »illiberaler Demokratien« zu beobachten. Auf diesem Wege befinden sich auch EU-Länder wie Ungarn oder Italien.

In Barack Obamas Siegesformel »Yes, we can!« kam die Gewissheit zum Ausdruck, dass es Zeit für grundlegende Veränderungen sei. Seine Regierungstätigkeit macht zugleich für viele seiner Wählerinnen und Wähler enttäuschend deutlich, wie schwer es ist, eine solche Aufbruchstimmung in politisches Alltagshandeln zu übersetzen. In der Parole »Yes, we can!« sind gezielt zwei unterschiedliche Lesarten von Macht verschmolzen worden, wie es für charismatische Mobilisierungen typisch ist.<sup>4</sup> Einmal geht es um das Wahlkampfversprechen auf eine bessere Zukunft und den Glauben an die Handlungsfähigkeit eines demokratisch gewählten Führers der noch immer größten Weltmacht. Ihr ungeheurer militärisch-bürokratischer Machtapparat soll von ihm eingesetzt werden, um die Wahlkampfziele zu erreichen. »Wählt mich, dann werde ich die gegebenen Versprechen durch Regieren, das heißt durch staatliches Handeln, einlösen«, lautet die eine Teilbotschaft. Gleichzeitig signalisiert das »Wir« einen Appell an die gemeinsame Handlungsfähigkeit von Regierenden und Regierten: »Gemeinsam können wir es schaffen, unseren gesellschaftspolitischen Zielen näherzukommen.« John F. Kennedy hatte dieses klassische Motiv in seiner Antrittsrede vom Januar 1961 auf die berühmte Formel gebracht: »Frage

---

4 Das Grundmuster charismatischer Ermächtigung hat Sigmund Freud bereits in seiner Schrift »Massenpsychologie und Ich-Analyse« (1921) analysiert. Der Führungspersonlichkeit gelingt es, sich glaubhaft als übermächtige Gestalt zu inszenieren, an deren Machtfülle die Anhängerschaft durch Idealisierung beteiligt ist. In diesem Aufwertungsangebot steckt in der Regel ein doppelter Betrug: Weder ist der Führer so mächtig, noch werden seine Anhänger entsprechend gestärkt. Kurzfristig können jedoch zusätzliche Energien freigesetzt werden.

nicht, was dein Land für dich tun kann. Frage, was du für dein Land tun kannst.« Zumindest im Wahlkampf setzte Obamas Kampagne stark auf diese zweite Lesart einer aktiven Bürgerschaft, die ihre Angelegenheiten, in diesem Fall die Mobilisierung für den Wahlsieg des Kandidaten der Demokraten, selbst in die Hand nimmt. Die Hoffnungsformel »Yes, we can!« lässt freilich vieles offen: die gemeinsame Agenda, die Rolle staatlichen Handelns, die Erwartungen an die im Wahlkampf mobilisierte Bürgerschaft, ob und wie dieses Wir nach einem Wahlsieg noch gebraucht wird.

In der Bundesrepublik meldet sich zwar kein Obama, er hätte in der deutschen Demokratievariante auch wenig Entfaltungsmöglichkeiten, aber das Gefühl, es sei Zeit für einen Wandel, ist auch in der Bundesrepublik weit verbreitet. Es geht dabei nicht um die Alles-oder-nichts-Frage: Demokratie, ja oder nein? Das Unbehagen und der Aufbruch in der Bürgerschaft ist weit überwiegend demokratisch motiviert. Gesellschaftliche Mehrheiten wollen heute stärkeren Einfluss auf die Gestaltung ihres Alltagslebens, aber auch auf politische Richtungsentscheidungen. Das aktuelle Zusammenwirken von enormen gesellschaftlichen Herausforderungen, schwachen Regierungsleistungen und einer wachsenden Beteiligungslücke erfordert eine grundlegende Vitalisierung der Demokratie – eine Konstellation, die in vielen Ländern des wohlhabenden Westens anzutreffen ist. Zur Steigerung des Unbehagens haben Internetkommunikation und soziale Netze erheblich beigetragen. Sie machen die Demokratiedefizite und -krisen offensichtlich, verschärfen sie zuweilen, weil sie populistische Mobilisierungen und herrschaftliche Kontrolle

erleichtern. China hat vorgeführt, wie eine Milliardenbevölkerung vom Netz genommen und damit überwacht werden kann. Die aktuellen Mobilisierungen gegen die autoritären Regime in Nordafrika und dem Mittleren Osten verdeutlichen, dass auch ein herrschaftskritischer Gebrauch von Internet und sozialen Netzwerken möglich ist. Jedenfalls erleichtern sie Mobilisierungen. Gleichzeitig können auch die Ansprüche an Transparenz und Verantwortlichkeit des Regierungshandelns durch Nichtregierungsinstitutionen und soziale Bewegungen erheblich gesteigert werden.

Aber das Medium ist nicht die Botschaft. Einige Quellen des aktuellen politischen Unbehagens sollen hier näher betrachtet werden.

## Kritik der Elitenherrschaft

Im Zentrum der Kritik steht heute eine Nachkriegsversion der liberalen Demokratie, die fast ausschließlich auf politische Repräsentation im Sinne einer »demokratischen Elitenherrschaft« gesetzt hat. Die Bürgerschaft wird dabei weitgehend vom eigenen politischen Engagement entlastet, sie wählt zwischen konkurrierenden politischen Profimannschaften und hat kaum direkten Einfluss auf politische Entscheidungen. Politik sei, so will es eine bekannte Karikatur, wie Profifußball: Zweiundzwanzig spielen, und Millionen schauen zu. Lediglich der Gang zur Wahlurne werde als »Bürgerpflicht« angesehen. Die aktuelle Kritik übersieht gern, dass es sich hier um ein – nach vorherrschenden Maßstäben – durchaus

erfolgreiches Modell gehandelt hat. Bis in die 1960er Jahre hinein schien der weitgehende Verzicht auf ein intensives und anspruchsvolles politisches Engagement als Systemvorteil gegenüber den dauermobilisierten Volksgenossen Ost- und Mitteleuropas. Wie in anderen Lebensbereichen sollte auch die politische Professionalisierung bessere Erträge sichern, als dies von »Laiendarstellern« zu erwarten war. Sich gleichzeitig ohne schlechtes Gewissen dem privaten Glück und der ökonomischen Erwerbstätigkeit widmen zu können, war einst eine weithin akzeptierte und breit unterstützte Lebensweise – und sie hat auch heute noch viele Anhänger.

In Abkehr von diesem Demokratiemodell der Nachkriegsjahre, das Jürgen Habermas als »staatsbürgerlichen Privatismus« charakterisiert hat, beanspruchen heute beachtliche Teile der Bevölkerung politische Mündigkeit. Sie wollen nicht länger, dass lediglich *für sie* politisch entschieden wird, sondern *mit ihnen* gemeinsam. Nach einer repräsentativen Befragung wollen heute 82 Prozent der Bevölkerung mehr Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen (TNS Emnid März 2011). Neun Monate zuvor waren es noch 48 Prozent, nur bei den jüngeren Jahrgängen wollte bereits damals deutlich mehr als die Hälfte der Befragten mehr Beteiligung (TNS Emnid Juli 2010). In diesem raschen Anstieg der Beteiligungsansprüche spiegeln sich vermutlich auch die jüngsten Protesterfahrungen.

Der repräsentativen Verfahren zugrunde liegende politische Tausch von pauschaler Wahlunterstützung und der Produktion bindender Entscheidungen, die allgemeine Akzeptanz finden, bringt offensichtlich nur unter spezifischen

Bedingungen befriedigende und weithin als legitim anerkannte Ergebnisse hervor. Er fordert ein enormes generalisiertes Vertrauen der Bürgerschaft in die Verantwortlichkeit und Leistungsfähigkeit der zentralen politischen Institutionen (Parlamente, Parteien, Regierungen etc.) und ihrer Kontrollinstanzen (Bundesverfassungsgericht, Justiz etc.) ein, denn ein »recall«, eine kontroverse Entscheidung im Einzelfall an die Bürgerschaft selbst zurückzugeben, ist nicht systematisch vorgesehen.

Direktdemokratische Formen (Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, Abwahl etc.) breiten sich erst in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem auf kommunaler Ebene aus. Sie sind zumeist mit solchen Hürden versehen (hohe Quoren, lange Positiv- und Negativlisten über mögliche Themen, Haushaltsvorbehalte etc.), dass ihre politische Alltagstauglichkeit beschränkt ist. Häufig werden sie in der Bundesrepublik immer noch als »Fremdkörper« in einer repräsentativ geprägten Demokratie wahrgenommen. Mit dem weitgehenden Verzicht direktdemokratischer Verfahren auf Bundes- und auf Landesebene nimmt Deutschland inzwischen eine Sonderstellung ein. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass sich einige der Schwachstellen und Problemzonen direkter Beteiligung durch entsprechende institutionelle Designs und Verfahrensregelungen beheben lassen (vgl. IDEA 2008).

Generalisiertes politisches Vertrauen ist nicht dauerhaft enttäuschungsfest. Es wird nur langsam aufgebaut, kann aber schnell verspielt werden, und offensichtlich ist es stark an die wahrgenommene Leistungsfähigkeit des Regierungshandelns gebunden.



Mit der Formel »Wohlstand für alle« wurden bereits in der Zeit des »Wirtschaftswunders« ökonomische Prosperitätserwartungen als zentrale Legitimationsquelle beansprucht. In Zeiten der deutsch-deutschen Vereinigung wurde diese Verheißung in das Bild der »blühenden Landschaften« übersetzt. Als Grundmotiv »Wirtschaftskompetenz« hat es alle Wahlkämpfe begleitet. Solche Formeln markieren allgemein den Ausgangspunkt für individuelle Aufstiegs- und Wohlstandserwartungen, die Kompensationen und Umverteilungen auch für die negativ von Entscheidungen Betroffenen glaubwürdig in Aussicht stellen kann. Unbequeme Regierungsentscheidungen und massive Eingriffe in die eigenen Lebensbedingungen werden aktuell hingenommen, weil sich dies – so das politische Versprechen – auf mittlere Sicht rentieren soll. Der »kurze Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) ist Nachkriegsgeschichte, und der Versuch, ihn im Vereinigungsprozess noch einmal zu träumen, ist weitgehend gescheitert. Politische Entscheidungen und Reformen werden heute deshalb sehr differenziert in ihren positiven wie negativen Folgen für die eigene Lebensführung wahrgenommen. Die Vertröstung, dass es auf mittlere Sicht zu einem Nachteilsausgleich kommen wird, überzeugt nur noch wenige (Embacher 2009: 54 ff.).

Dies hat in den letzten Jahrzehnten verstärkt dazu geführt, dass Einzelentscheidungen der Regierung von Bürgerinitiativen und Protestgruppen erfolgreich und mit breiter Unterstützung infrage gestellt werden. Die großen vertrauensbildenden Friedensformeln des Nachteilsausgleichs und der Zuversicht können nicht mehr überzeugen. Denn Modernität,

Zukunft und Fortschritt, aber auch Wohlstand und ökonomisches Wachstum sind inzwischen selbst zu umkämpften Konzepten geworden.

## Fragilität der politischen Lager und Parteien

Die Zugehörigkeit zu politischen Lagern, die einmal in spezifischen sozialmoralischen Milieus verankert waren und die heute in ihren sozialstrukturellen Lagerungen längst nicht mehr existieren, sichert nur noch sehr eingeschränkt pauschale Legitimation. Mit der »politischen Heimat« hat auch ihre Bindungskraft stark gelitten. Politische Parteien können so ihre Aufgabe, spezifische Milieus zu repräsentieren und dort für die Akzeptanz von konkreten Regierungsentscheidungen zu sorgen beziehungsweise sinnvolle Alternativen zu entwickeln, nur noch sehr begrenzt erfüllen. Lediglich ein Viertel der Wählerschaft fühlt sich heute parteipolitisch noch so gebunden, dass mit deren Wahlunterstützung sicher gerechnet werden kann (Embacher 2009: 73). Dazu haben gerade die Erfolgsbedingungen von Volksparteien, die als »catch all«-Parteien auf der Suche nach Mehrheiten immer wieder bestimmte Wählermilieus frustrieren müssen, erheblich beigetragen. Wenn mit einem pauschalen Wahlkredit aber immer weniger zu rechnen ist, werden Einzelentscheidungen zunehmend strittig. Die Grundlage ihrer Legitimation muss folglich durch eine möglichst breite Beteiligung an wichtigen Entscheidungen und durch zusätzliche Verfahren immer wieder erneut gesichert werden.

## II. Es geht auch anders

*»Politische Kultur beginnt damit,  
dass man nicht aufhört zu protestieren«*

GYÖRGY DALOS

### Bürgerschaftliche Aufbrüche

Nie war Willy Brandts 1969 geprägte Forderung »Mehr Demokratie wagen« aktueller als heute. Gemessen an den damaligen Möglichkeiten und konkreten Veränderungen dieser bewegten Zeit erscheint ihre Aktualisierung unrealistisch und radikal zugleich. Im Zentrum standen Anfang der 1970er Jahre zum Beispiel die Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung und die Drittelparität an den Hochschulen. Wer dies heute erneut fordert, gerät in den Verdacht, als politischer Geisterfahrer die Ausfahrt in die Gegenwart verpasst zu haben. Immerhin ging es ja um demokratische Mitbestimmungsgarantien in zentralen Lebensbereichen, wenn auch in eher konventionellen Formen und mit begrenztem Gestaltungsanspruch. Noch utopischer wirken die radikaleren Aufbrüche jener Tage, wie zum Beispiel die selbstverwalteten Jugendzentren, Lehrlingskollektive oder Betriebe, die ein

ökologisch, feministisch oder sozialrevolutionär gestimmtes »Anders leben, anders arbeiten« verwirklichen wollten. Mit dem Radikalenerlass und den Berufsverboten beendete die staatliche Seite von sich aus das Wagnis einer erweiterten Demokratie, bevor es wirklich begonnen hatte. Dennoch setzten sich die demokratischen Impulse in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und sozialen Bewegungen fort. Diese zivilgesellschaftlichen Aufbrüche sind heute lebendiger denn je.

Neu ist weder der Protest, noch sind es seine Themen. Dennoch scheint er heute eine deutlich breitere soziale Trägerschaft zu haben. Er entzündet sich an scheinbar alltäglichen Vorhaben, wie dem Bau eines Tiefbahnhofs, der einen Kopfbahnhof ablösen soll, oder – wie in Hamburg – an einer der zahllosen Schulreformen, mit denen Landesregierungen immer wieder demonstrieren, dass es sie noch gibt. Aus der Perspektive von Politik und Verwaltung scheinen wachsende Teile der Bürgerschaft unberechenbar geworden zu sein.

Es hätte dieser aktuellen Protestereignisse nicht bedurft, aber sie bestätigen eine Entwicklung, die im Zentrum dieser Streitschrift steht: Wir bewegen uns in »vorrevolutionären Zeiten«. Lenin, ein theoretischer und praktischer Experte in dieser Frage, hat eine revolutionäre Situation als gegeben angesehen, »wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen«. Dies scheint zunehmend der Fall zu sein, wenn eine amtierende Regierung einen »Herbst der Entscheidungen« ankündigen muss, wo dies doch ihr Tagesgeschäft sein sollte. Sicherlich, von einer Oktoberrevolution sind wir nicht nur historisch weit entfernt, und eine revolutionär

gestimmte proletarische Partei oder auch nur intellektuelle Avantgarde ist auch nicht erkennbar. Die Farce studentisch geprägter revolutionärer Arbeiterparteien der 1970er Jahre dürfte sich ebenfalls nicht wiederholen. Der Preis der Lächerlichkeit wäre zu hoch. Auch die Spurensuche des Verfassungsschutzes nach revolutionären Potentialen bei der Linkspartei dürfte ergebnislos verlaufen. Dass er dennoch immer wieder fündig werden muss, erzwingt das bürokratische Bestandsinteresse. Es geht nicht um die Wiederkehr kommunistischer Gesellschaftsutopien oder um die Suche nach der ganz anderen Gesellschaft. Eingeklagt wird vielmehr, bescheiden und unbescheiden zugleich, das demokratische »Erstgeburtsrecht«, das eigene Geschick mitzubestimmen.

Die Bundesrepublik Deutschland erlebte 2010 eine Revitalisierung der Anti-AKW-Bewegung und verstärkte Bürgerproteste, für die der Widerstand gegen »Stuttgart 21« bereits zum Symbol geworden ist. Überraschend scheint für viele weniger der Protest als solcher, denn damit konnten Regierungen immer wieder rechnen. Erstaunlich ist die Breite der Unterstützung, die nicht mehr an den Grenzen von Parteiloyalitäten, politischen Lagern und sozialen Milieus Halt macht. Bereits am 24. April 2010 beteiligten sich etwa 120 000 Personen an einer Menschenkette zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel. Am 18. September 2010 umzingelten etwa 100 000 Menschen das Berliner Regierungsviertel, um gegen den »Ausstieg aus dem Ausstieg« der Regierung Merkel zu demonstrieren. Mit den Castor-Transporten nach Gorleben kam es im November 2010 zum erwarteten Höhepunkt des Protestgeschehens, der im März 2011, ausgelöst durch die Nuklearkatastrophe

von Fukushima, mit rund 250 000 demonstrierenden Atomkraftgegnern bei weitem übertroffen wurde. Die Breite der Protestbewegungen scheint es heute schwieriger denn je zu machen, ihre Akteure an den Rand zu schieben, wie dies mit Appellen an die ökonomische Vernunft versucht wird. Die Ergebnisse und Wirkungen dieser Mobilisierungen sind nicht vorhersehbar. Da sie überwiegend demokratisch motiviert sind und keine autoritären Lösungen propagieren, lohnt es sich, die demokratischen Chancen auszuloten, die mit diesen Formen bürgerschaftlichen Engagements verbunden sind.

Für den 28. Februar 2011 hatten Stuttgarter Protestinitiativen zu einem »Demokratie-Kongress« eingeladen<sup>1</sup>, an dem sich mehr als 500 Menschen – überwiegend mittleren Alters – in 35 Arbeitsgruppen beteiligten. Das Themenspektrum reichte von der Bankenkontrolle, der Rückgewinnung öffentlicher Güter, den Gefahren der Entdemokratisierung durch Lobbyismus und dem Versagen der Medien als vierte Gewalt über Asylpolitik, Bürgerkommunen, Infrastrukturprojekte ohne demokratische Kontrolle, über den Hoffnungsträger Internet und die Proteste gegen Grüne Gentechnik bis hin zur Kritik des Schlichtungsverfahrens in Sachen »Stuttgart 21« und die Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahlen für den Pro-

---

1 Im Einladungsflyer heißt es u. a.: »Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbst! Stuttgart 21, Bankenrettung, Ausstieg aus dem Atom-Ausstieg, zahlreiche kommunale Privatisierungsprojekte: Entscheidungen werden ohne Bürgerbeteiligung getroffen und durchgesetzt. (...) Eingeladen sind alle, die Interesse an einer lebendigen Demokratie haben« ([www.demokratie-kongress21.de](http://www.demokratie-kongress21.de), abgerufen am 26.02.2011).

test gegen das Bahnhofprojekt. Bemerkenswert war nicht nur die allgemeine demokratische Aufbruchstimmung und das Selbstbewusstsein, das viele Beteiligte durch ihr Engagement unter anderem gegen das Bahnhofprojekt erworben hatten. Die thematische Vielfalt verweist auf das aufgestaute Unbehagen und den weitreichenden Veränderungswillen. Die Pluralität der Zugänge verdeutlicht eine experimentelle Veränderungsbereitschaft, die weit über den konkreten Protestanlass hinausgeht. Dass diese Debatten nicht von einer allwissenden »ideologischen« Agenda bestimmt, sondern von einer gemeinsamen Suchbewegung auf gleicher Augenhöhe geprägt waren, gehört auch zu den demokratischen Merkmalen der aktuellen Protestkultur. Da die Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten wächst, kann nur eine Vitalisierung der Demokratie helfen. Es bedarf erweiterter und neuer Formen der politischen Partizipation. Selten fand diese Forderung so breite Unterstützung. Ihre Schubkraft kommt von unten.